

**Gemeinsame Erklärung
der G7-Innen- und Sicherheitsministerinnen und -minister
zu den Folgen des Kriegs in der Ukraine
24. März 2022**

Wir, die Innen- und Sicherheitsministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreich und der Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Kommissarin für Inneres, verurteilen Russlands Angriff auf die Ukraine, bei dem es sich um einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht handelt, der von dem überwältigenden Teil der Völkergemeinschaft verurteilt wird. Russland richtet seine Angriffe unterschiedslos auch auf die zivile Bevölkerung und zivile Ziele wie Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Schulen und Schutzräume. Wir werden die Verantwortlichen dieser Kriegsverbrechen zur Verantwortung ziehen.

Gerade werden wir Zeuge der schwersten humanitären Katastrophe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach Angaben des UNHCR und der IOM sind seit Beginn der Invasion mindestens 3,5 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Darüber hinaus gibt es inzwischen 6,5 Millionen Binnenvertriebene. Bei den Kriegsflüchtlingen handelt es sich meist um Frauen, Kinder und Ältere.

Am 24. März 2022 kamen die Innen- und Sicherheitsministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Kommissarin für Inneres zu einer Videokonferenz unter der Leitung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zusammen, um die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine zu besprechen.

- Wir stehen geschlossen an der Seite der Ukraine und bringen die Solidarität der demokratischen Staaten mit den Menschen in der Ukraine zum Ausdruck.
- Wir bekräftigen erneut unsere Unterstützung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und unsere Bereitschaft, ihnen die erforderliche unmittelbare Hilfe zu geben. Diese enorme humanitäre Aufgaben müssen wir zusammen schultern.

- Wir bekräftigen auch, dass wir im Lichte der vielfältigen Bedrohungen durch Russland die innere Sicherheit stärken wollen. Dazu werden wir insbesondere im Bereich Cybersicherheit und Strafverfolgung die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch intensivieren. Wir bekräftigen die Zusagen, die wir diesbezüglich beim Gipfel in London im Jahr 2021 gemacht haben.
- Wir verurteilen auf das Schärfste die russischen Desinformationskampagnen, die unsere Gesellschaft polarisieren, unsere grundlegenden Werte untergraben und unsere Demokratien schwächen sollen. Wir werden weiterhin unter Einsatz u. a. des G7 Rapid Response Mechanism mit transparenter und faktengestützter Kommunikation Desinformationskampagnen entgegenwirken.
- Wir erkennen die Bedrohung ukrainischer Kriegsflüchtlinge durch die organisierte Kriminalität, insbesondere den Menschenhandel, an. Der Schutz der Kriegsflüchtlinge hat oberste Priorität.

Die Auswirkungen der russischen Angriffe auf die Ukraine werden lange zu spüren sein; es ist zu befürchten, dass die ukrainische Bevölkerung noch mehr leiden muss, wenn sich Russlands Verhalten nicht ändert. Wir bringen daher unsere feste Absicht zum Ausdruck, uns weiter mit dieser schwierigen Lage zu befassen; dabei werden wir weitere Schritte zur Unterstützung der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit in den G7-Ländern und darüber hinaus prüfen.